

EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen: Handels- vor Entwicklungsinteressen?

Bericht von Martina Neuwirth, entwicklungs- und außenpolitische Referentin des Grünen Klubs im Parlament

Auf Einladung der Dritten Präsidentin des Nationalrats, Eva Glawischnig-Piesczek, des Grünen Parlamentsklubs sowie der Grünen Bildungswerkstatt fand am 18. Juni 2007 eine Diskussionsveranstaltung über die "Economic Partnership Agreements" (EPAs) zwischen der EU und den Afrika-, Karibik- und Pazifikstaaten (AKP-Staaten) statt. Die EPA-Verhandlungen sollen bis Ende 2007 abgeschlossen werden, weil das Cotonou-Abkommen, welches die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten regelt, nicht mehr den Vorgaben der Welthandelsorganisation entspricht.

Eva Glawischnig-Piesczek wies darauf hin, dass die Verhandlungen, obwohl sie weitreichende Auswirkungen für AKP-Länder haben werden, in der Öffentlichkeit noch kaum bekannt sind und begrüßte die beginnende Diskussion in Österreich.

Eric Dombou (Senegal) von den Global Young Greens bestätigte, dass die EPAs auch in den AKP-Ländern kaum öffentlich diskutiert würden. Er bemängelte die bisher fehlende Einbeziehung von Zivilgesellschaft, NGOs, Medien und den Parlamenten.

Dombou forderte einen Verhandlungsstopp, da man bereits jetzt dem vereinbarten Zeitplan hinterher hinke. Auch würden nicht vergleichbar starken Wirtschaftspartner miteinander verhandeln, ein faires Ergebnis wäre daher nicht zu erwarten. Zunächst einmal sollte die regionale Integration sowie eine echte agrarische und industrielle Entwicklung in den AKP-Ländern gefördert werden. Die EU sollte keinen Druck erzeugen und – wie bereits angedroht – die Bereitstellung von EZA-Mitteln nicht mit den EPA-Verhandlungen verknüpfen.

Auch die aus Äthiopien stammende Referentin für Entwicklung der EP-Fraktion der Grünen, Tsiguereda Waleign äußerte sich kritisch: Laut einer aktuellen Studie würden vor allem die europäischen Länder profitieren. Die afrikanischen Bauern seien nicht in der Lage, sich dem liberalisierten Wettbewerb bzw. den hochsubventionierten EU-Produkten zu stellen; die Preise für ihre Erzeugnisse würden noch weiter sinken. Es müsse das Niveau der Entwicklung in den jeweiligen Ländern respektiert und ihnen das Recht eingeräumt werden, ihre Landwirtschaft zu schützen und Industrialisierung zu ermöglichen. Waleign konnte sich nur eine selektive Öffnung des Marktes vorstellen, die von einer demokratischen Debatte begleitet wird. Die Rolle des Europaparlaments sei leider gering, da das Verhandlungsmandat von den EU-Mitgliedstaaten an die Kommission erging. Seitens der EU würden die AKP-Länder bisher nicht ausreichend unterstützt: nur 1 % der Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds würden für die Förderung der Landwirtschaft und nur 8 % für die ländliche Entwicklung ausgegeben, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung in den AKP-Staaten von der Landwirtschaft lebt.

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein war überzeugt davon, dass der globale Freihandel in den letzten Jahren sehr viel Positives gebracht und Millionen Menschen aus der Armut geholt habe. Er meinte, dass es ein ausgewogenes Nebeneinander von Freihandel, Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen, die vor allem in Afrika noch sehr gering sind, geben müsse. Bei den EPAs gehe es seiner Meinung nach nicht nur um ein Handelsthema, sondern es stehe die EZA im

Vordergrund. Dies erkenne man auch schon an den Dimensionen, erklärte Minister Bartenstein, denn nur 3 % der EU-Exporte gehen in die AKP-Staaten. Die EU sei bereit, budgetäre Ausfälle durch Zollsenkungen teilweise auszugleichen, auch Übergangsfristen für sensible Produkte seien vorstellbar. Er halte es auch für sehr wichtig, dass die regionale Integration zwischen den afrikanischen Staaten noch viel mehr forciert werde. Wenn Verbesserungen möglich sind, sollten diese in die Abkommen aufgenommen werden, der generelle Verhandlungsprozess sollte jedoch nicht abgebrochen werden. Es gäbe nicht die Alternative zu sagen: „Zurück an den Start“. Bartenstein sprach sich für einen „transparenten Handlungsprozess“ aus.

In Vertretung von Bundesministerin Ursula Plassnik referierte Anton Mair über die Position der Österreichischen EZA (OEZA) im Hinblick auf die EPAs. Die OEZA sehe diese Abkommen als entwicklungspolitische Instrumente, die eine Chance für eine verbesserte regionale Integration darstellen, und sie unterstütze das Format der Verhandlungen in sechs regionalen Gruppen, sowie lange Übergangsfristen, die Einführung von Schutzklauseln, eine weitgehende asymmetrische Öffnung des Marktes sowie den Ausschluss sensibler Produkte. Die Verknüpfung zwischen EZA-Mitteln und den EPA-Verhandlungen ist für Mair „völlig unakzeptabel“. In der OEZA sei man auch „nicht glücklich über den wachsenden Zeitdruck“. Eine Neuverhandlung der Agreements sei aber aus seiner Sicht nicht sinnvoll. Nach Inkrafttreten der EPAs möchte sich die OEZA für die Einbeziehung der Parlamente sowie der Zivilgesellschaft in die EPA-Institutionen einsetzen.

Die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, Ulrike Lunacek, hielt es für ein großes Manko, dass die Parlamente und die Zivilgesellschaft an der Diskussion über die EPAs bisher nicht ausreichend beteiligt sind. Die zentrale Frage für sie sei, was die Abkommen wem bringen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen, sozialen und ökologischen nachhaltigen Entwicklung. Gerade für die afrikanischen Ländern, die noch immer vor allem unverarbeitete Rohstoffe exportieren, wäre es wichtiger, zunächst einmal die lokalen und nationalen Kapazitäten auszubauen, um die eigene Wertschöpfung zu stärken. Die Umsetzung von Freihandelsabkommen zum jetzigen Zeitpunkt würde bedeuten, dass völlig ungleiche Partner miteinander im Wettbewerb stehen und dass die afrikanischen BäuerInnen ihre eigenen Produkte aufgrund der Marktöffnung nicht mehr verkaufen können. Als großes Problem nannte auch Lunacek die Koppelung von EZA-Leistungen mit den EPAs. Die Grünen fordern daher einen Stopp der Verhandlungen bzw. eine Verlängerung des Verhandlungszeitraums, die Etablierung von safe-guard-Mechanismen, wodurch Liberalisierungsmaßnahmen zurückgenommen werden können, sowie die Verankerung eines Mitsprache- und Monitoring-Mechanismus, der die Zivilgesellschaft und in verstärktem Ausmaß die nationalen Parlamente der EU- und AKP-Länder sowie das Europaparlament in den EPA-Prozess einbezieht.

Juli 2007